

Bezugspreis: Vierteljahr 50.-, monat 16.-, 3 Monate 45.-, halbjähr 80.-, jährlich 150.-, einschließlich Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland, Belgien, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Ostpreußen, Osterschlesien, Ungarn und Rumänien 20.-, für das übrige Ausland 25.-, für die Postgebühren nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Dänemark, Holland, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Volk und Welt", der Unterhaltungsbeilage "Heimwelt" und der Beilage "Bildung und Richtiges" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition kostet 5,50 M. "Kleine Anzeigen" das selbige Wort 1,50 M. (zweiwöchig zwei selbige Worte), jedes weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen und Stellenangelegenheiten das erste Wort 1.- M., jedes weitere Wort 50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 50 Pf. Die Preise verstehen sich einschließlich Leerungsgebühr.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 4, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Donnerstag, den 1. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Das Hilfswerk für Rußland.

Paris, 1. September. (CE.) Die vom Obersten Rat eingesetzte Hilfskommission tagte gestern von 3 bis 7 Uhr nachmittags auf dem Quai d'Orsay. Man kam zu dem Beschluß, sofort eine Untersuchungskommission nach Rußland zu entsenden, die an Ort und Stelle folgende Fragen studieren soll: Gehten, in denen der Hunger herrscht, ungefähre Ziffer der Bevölkerung in allen Teilen des Hungergebiets, besondere Bedürfnisse dieser Bevölkerung an Nahrungsmitteln und Medikamenten, Transportmittel, über die man verfügen kann, um in die Hungergebiete zu gelangen, Schaffung von Organen zur Verteilung der Lebensmittel und Medikamente, Einrichtung eines Kontrollsystems.
Die internationale Kommission beschloß, sofort an die Moskauer Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dieser Kommission den freien Eintritt in Rußland zu gestatten. Die Kommission soll auf französischen Wunsch aus je einem Franzosen, Belgier, Engländer, Holländer, Amerikaner und Japaner bestehen.
Der amerikanische Vertreter Walter Brown, der an den Beratungen der internationalen Kommission teilnimmt, erklärte aber bereits, daß das amerikanische Hilfswerk sich in keiner Weise durch die Beschlüsse der Pariser Kommission gebunden erachte. Während die europäischen Delegierten, meint Brown, das Problem nur theoretisch lösen und eine Kommission absenden wollen, die aus Ingenieuren, landwirtschaftlichen, medizinischen und Sanitätsfachverständigen zusammengesetzt sei, womit dem sterbenden Rußland nicht gedient wäre, will die Hoover-Mission ihr eigenes Programm durchführen. Sie will nicht theoretische, sondern praktische Hilfe bringen.

Die ersten Transporte.

Konst., 1. September. (P.P.M.) Das allrussische Hilfskomitee hat Nachrichten erhalten über die Organisation von Hilfsstellen in Nischni Nowgorod, Tscherepowow, Sibirsk, Wladimir, Samara, Saratow, Kasan, Ufa, Kalgan und in anderen Städten. Tscheln teilt mit, daß dem Komitee 3 bis 4 Sanitäts- und Verpflegungszüge zur Verfügung gestellt werden. Kamenev berichtet, daß in Litauen zurzeit 10 Waggons Getreide, die seitens der litauischen Regierung den Hungernden in Rußland überlassen wurden, abgefertigt worden sind; außerdem sind zwei weitere Waggons, die von den Mitarbeitern der Sowjetvertretung in Litauen gesendet wurden, verladen worden.
Im Laufe des August wurden folgende Lebensmittel für die Ernährung der Kinder in die Hungergebiete expediert: 13 000 Pud Reis, 1800 Pud Kofas, 15 000 Pud Bohnen, 4000 Pud Brot, 33 511 Pud Fisch. — Bis jetzt sind mehr als 5 Millionen Pud Saatgetreide zur Verfügung gestellt worden, von denen der größte Teil bereits in das Hungergebiet abtransportiert worden ist. An der Sanitätskampagne beteiligten sich bis jetzt hauptsächlich nur 6 Gouvernements von 28, und zwar Tschel, Orel, Kursk, Smolensk, Tambow, Homel. Die Resultate der Kampagne sind vorläufig etwa 50 Waggons pro Tag. Natürlich stellen diese 50 Waggons pro Tag bloß einen unbedeutenden Teil (und zwar etwa ein Sechstel) des für den Erfolg notwendigen Quantums.
London, 1. September. (W.B.) In dieser Woche gehen 11 000 Tonnen Lebensmittel nach Riga ab, die von Wohltätigkeitsorganisationen für die notleidenden Kinder in Rußland zur Verfügung gestellt wurden.

Der allrussische Hilfsausschuß verhaftet.

Paris, 1. September. (Havos.) Das Ministerium des Innern erhielt von verschiedenen Seiten die Bestätigung, daß der allrussische Hilfsausschuß für die Hungernden von der Sowjetregierung aufgelöst worden ist. Die Mitglieder dieses Ausschusses wurden am Sonnabend verhaftet. Es tritt von Tag zu Tag deutlicher hervor, daß die Sowjetregierung die Verteilung von Lebensmitteln und Unterstützungen selbst in die Hand nehmen will und als Bedingung für den Abschluß eines Abkommens mit dem Rans-Kaufschuß soll sie die Eröffnung eines Kredites von 10 Millionen Pfund für Unterstützungen, über den sie sich freie Verfügung vorbehält, verlangt haben.
Die Sowjetregierung begründet die Maßnahmen mit der Halsarrigkeit des Komitees, das sich geweigert habe, die Mehrzahl seiner Mitglieder in die Hungerdistrikte zu entsenden und auf die Entsendung einer Auslandsdelegation zu verzichten.

Völkerbund und Oberschlesien.

Paris, 1. September. (CE.) Der "Petit Parisien" meldet aus Genf: Die heutige Nachmittagsitzung des Völkerbundes wird um 4 Uhr beginnen und einen sehr ruhigen Verlauf nehmen, da die allgemeine Ansicht dahin geht, daß man methodisch vorgehen wolle. Die Hauptdebatte wird sich zwischen Bourgeois und Balfour abspielen, während die übrigen Mitglieder des Völkerbundes wahrscheinlich große Zurückhaltung beobachten werden. Eine entscheidende Stimme wird der Marquis Imperiali haben, von dem man nicht weiß, ob er neuerdings die Sforza-Linie vorschlagen oder sich auf den Standpunkt Bonomis und della Torretta stellen werde. Jedenfalls aber bringt auch Imperiali darauf, daß über die Angelegenheit einstweilen das strengste Stillschweigen bewahrt werde. Auf Antrag Ishits' und Bourgeois' hat der Völkerbundrat bereits im voraus den Plan für seine Sitzungen festgelegt. Die heißen Punkte sollen einer nach dem anderen in privaten Gesprächen behandelt werden, und die Vollerfassungen werden nur das Ergebnis dieser Unterhaltungen zu verzeichnen haben.
Die heutige Sitzung wird der Frage des Vorgehens in der ober-schlesischen Frage gewidmet sein. Man wird darüber entscheiden, ob man sich an die Protokolle halten wird, die der Oberste Rat über-mittelte oder ob man eine direkte Untersuchung in Ober-schlesien vorziehen würde. Jedenfalls scheint man nicht mehr geneigt zu sein, Vertreter Polens und Deutschlands anzuhören, da man von ihnen keine neuen Mitteilungen erwartet. Sollte man dennoch übereinkommen, Vertreter beider Länder anzuhören, würde diese Aufgabe nur sentimental Charakter haben. Dem "Petit Parisien" zufolge hat der tschechische Außenminister Beneš erklärt, den polnischen Standpunkt in der ober-schlesischen Frage unterstützen zu wollen.
"Excelsior" läßt sich aus Genf melden, daß der belgische Vertreter Hymans den Vorschlag machen werde, Vertreter Polens und Deutschlands zu einer Konferenz nach Genf einzuladen, deren Vorsitz Graf Ishit führen sollte. Die Konferenz würde die Mittel zu studieren haben, das Problem zu lösen, ohne den Konflikt wieder auslösen zu lassen, der im Obersten Rat ausgetauscht war. Dem Genfer "Matin"-Korrespondenten zufolge würden die Mächte, da weder Quinones de Leon noch Hymans in der ober-schlesischen Frage als Berichterstatter fungieren wollen, ein Berichterstatterkomitee ernennen.
London, 1. September. (W.B.) Der diplomatische Bericht-erstatler der "Daily News", William Harris, meldet seinem Blatte aus Genf: Aller Wahrscheinlichkeit nach werde der Völkerbundrat eine kleine Kommission von Sachverständigen neutraler Länder ernennen, die den Auftrag erhalten würde, so schnell wie möglich die praktische Seite des Problems zu untersuchen, insbesondere die Frage der Teil-barkeit bzw. der Unteilbarkeit des ober-schlesischen Industrie-rechts und darüber zu berichten. Ein Versuch Ober-schlesiens durch diesen Ausschuss werde vermutlich für unnötig gehalten werden.

Die Reichskonferenz stützt England.

London, 1. September. (W.B.) Der Ministerpräsident von Süd-afrika, General Smuts, hielt bei seiner Ankunft in Kapstadt eine Rede über die Reichskonferenz, in der er erklärte, die Lage in Oberschlesien sei so wichtig, daß der unmittelbare Frieden der Welt ebenso eng mit dieser Frage zusammenhängt, wie im Jahre 1914 mit der belgischen. Die Dominions hätten England bis zum äußersten den Rücken gestärkt, um zu verhindern, daß die ober-schlesische Frage Frankreich und Deutschland in einen neuen Krieg hineinzöge. Jetzt weiß Europa, daß es nicht nur mit Großbritanien, sondern mit dem britischen Reich zu tun habe. (Großer Beifall.) Die Dominions unterstützen den Völkerbund. Sie wollten vom Militarismus nichts wissen. Smuts sagte, er hoffe, daß der Völkerbund in der äußerst schwierigen Frage Erfolg haben werde.

London, 1. September. (W.B.) Die "Morning Post" meldet, das zweite Bataillon der Royal Inniskilling Fusiliers ist gestern von Portland nach Oberschlesien abgegangen.

Beuthen, 1. September. (W.B.) Der Belagerungs-zustand in Groß-Strehlitz und Stadt- und Landkreis Gletwitz ist aufgehoben worden.

Das Abrüstungsproblem.

Paris, 1. September. (CE.) Die ordentlichen Verhandlungen des Völkerbundes werden sich namentlich um die Abrüstung drehen. Der französische Generalsekretär der Gewerkschaftskommission Jouhaux wird die Frage der Einschränkung der Rüstungen aufwerfen. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß man einer bestimmten Klasse von Industrien nicht die Erlaubnis geben solle, Kriegs-materiel zu erzeugen und dadurch die Aussicht auf einen neuen Krieg zu vermehren. Auch Bourgeois will wiederum seinen letzten Vorschlag einbringen, eine genaue Kontrolle einzuführen und Berichte zu verlangen, welche die verschiedenen Staaten dem Völkerbunde über ihre Rüstungen zu erstatten haben. Dr. Beneš wird, dem "Matin" zufolge, in Genf vorschlagen, daß Teil-konferenzen verschiedener Mächtegruppen stattfinden könnten. Der kanadische Delegierte De-horty wird die Aufhebung des Artikels 10 beantragen, welcher dem Völkerbund die Verpflichtung auferlegt, in Konflikten zu intervenieren. Man hofft, für die Aufhebung dieses Artikels das Interesse der Vereinigten Staaten neu beleben zu können.

Der Kampf um Westungarn.

Wien, 1. September. (Korrbureau.) Jennersdorf a. d. Raab wurde von der österreichischen Gendarmerie aufgegeben. Die Bahnverbindung zwischen Jennersdorf und Fehring ist unterbrochen, da die Schienen von ungarischen Banden aufgerissen wurden. Im Raum Eisenstadt wurde St. Margarethen, Wolben-broderdorf und Siegenbrunn von österreichischer Gendarmerie besetzt. Der österreichische Ministerrat beschloß, Teile der öster-reichischen Reichswehr zur Unterstützung der Gendarmerie in Westungarn marschbereit zu halten.

Bayern treibt zum Konflikt.

In einem französischen Chauvinistenblatt war dieser Tage zu lesen, es sei die Aufgabe Frankreichs, alle separatistischen Bestrebungen in Bayern, Hannover und im Rhein-land zu fördern. Eine Mischung von Monarchien und Republiken sei die für Frankreich wünschenswerteste deutsche Regierungsform.

Die Anhänger dieser auf Deutschlands Zerstückelung und innere Vernichtung gerichteten Politik werden heute morgen einen kleinen Freundschaftsausflug haben, als sie er-fahren, in welchem Maße sich der bayerisch-reaktionäre Wider-stand gegen die republikanische Reichspolitik versteift hat. Die bayerische Regierung trifft nicht die geringsten Anstalten, um die Notverordnung des Reichspräsidenten in Kraft zu setzen, sie hält dagegen ihren eigenen, ausschließlich gegen links wirkenden Ausnahmezustand aufrecht, dessen Be-seitigung ihr von Berlin aus dringend nahegelegt worden ist. Das Verbot des Münchener unabhängigen Organs, der "Mün-chener Morgenpost", bleibt aufrecht, der "Miesbacher An-zeiger" und der "Deutschvölkische Beobachter" erscheinen, ob-gleich sie vom Reichsminister des Innern rechtskräftig verboten sind, ungehindert weiter.

Ein Verharren in dieser Haltung würde einen offenen Bruch der Reichsverfassung durch Bayern be-deuten. Die bayerische Regierung hat die Rechte, die ihr der Artikel 48 der Reichsverfassung verleiht, unbedeutlich in An-spruch genommen, sie verweigert aber den Pflichten, die ihr aus ihm erwachsen, die Erfüllung. Die bayerische Re-gierung war berechtigt, den Ausnahmezustand zu verhängen, sie ist aber verpflichtet, ihn aufzuheben, wenn der Reichspräsident oder der Reichstag dies verlangt. Eine vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 erlassene Verordnung ist sie ver-pflichtet auszuführen. Sie kann ihre Bedenken gegen sie geltend machen, kann für ihre Aufhebung durch den Reichstag wirken, sie ist aber auf keinen Fall berechtigt, ihr die Beach-tung zu verweigern.

Das alles ist selbstverständlich und war es auch unter an-deren Verhältnissen im alten Reich. Ueberall, wo eine Ge-meinschaft besteht, steht das Ganze über den Teilen, ohne den Grundsatze, daß Reichsrecht Landesrecht bricht, gibt es kein Reich mehr!

Der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich, in dem alles Recht beim Reich und alles Unrecht bei Bayern ist, wird verschärft durch den Anlaß, aus dem er entstanden ist. Die Verordnung des Reichspräsidenten ist eine Maßnahme, die notwendig geworden ist, um dem politischen Mord in Deutschland Einhalt zu gebieten. Keine Re-gierung in Deutschland hätte mehr Grund, den Motiven dieser Verordnung Verständnis entgegenzubringen als die bayerische, denn in keinem deutschen Land hat der politische Mord so gemüht, wie gerade in Bayern. Die Augen der Grafen Arco-Wallen haben Kurt Eisner niedergestreckt. Gareis fiel als Opfer eines unbekanntem Mörders, nachdem er mit Drohbrieffen überschüttet worden war wie Erzberger vor seiner Ermordung, wie der Reichskanzler Wirth und Genosse Scheidemann es jetzt werden. Die bayerische Regierung ist mit einer bemerkenswerten feilschen Unbewegtheit über diese grauenhaften Tatsachen hinweggegangen, und sie scheint sich in ihrer Ruhe nicht stören zu lassen durch den Gedanken, daß sich der Mörder von Gareis in voller Sicherheit befindet.

Die "Bayerische Staatszeitung" hat dem er-mordeten Erzberger einen "Nachruf" gewidmet, der an ab-stoßender Rohheit in der Beurteilung des Opfers und an ver-steckter Entschuldigung des Mörders die infamsten Leistungen der nationalstolischen Mordpresse nahezu erreicht. Die bayerische Regierung hat aus eigenem Antrieb nichts getan, um von dieser Tat ihres Leiborgans abzurücken, erst als der "Vor-wärts" den schändlichen Artikel wörtlich abdruckte und glossierte, fand sie sich zu der Erklärung genötigt, daß sie jenem Artikel fernstehe und daß es nur Arbeit der Schrift-leitung sei. Auch jetzt von Beurteilung keine Spur!

So liegen die Gründe, aus denen sich die bayerische Re-gierung den Maßnahmen des Reiches zum Schutze der Republik widersetzt, ganz offen zutage. Sie sind gewiß nicht darin zu suchen, daß diese Regierung gegen Einschränkungen der staats-bürgerlichen Freiheiten, gingen sie auch noch so weit, auch nur die geringsten Bedenken hätte. Sie spielt selber auf dem Apparat des Artikel 48 mit technischer Meisterschaft und hat dafür stets das höchste Lob jener Leute in Preußen geerntet, die jetzt über die Anwendung desselben Apparats zu anderen Zwecken, nach der anderen Seite ach so moralisch entrüstet sind. Die bayerische Regierung wendet den Artikel 48 nur gegen Republikaner an, aber nicht gegen Monarchisten, sie begünstigt die politische Mordhege und versagt jenen den Schutz, die von dieser Hege bedroht sind.

Damit ist gezeigt, wie die Partei zwischen Bayern und dem Reich rechtlich und wie sie politisch-fachlich steht. Und darum glauben wir nicht, daß sie von Bayern bis zu Ende ge-spielt werden wird. Wird sie aber von ihr gewünscht, so

braucht und soll das Reich vor ihr nicht zurückschrecken, sondern es soll sie spielen Tag um Tag.

Wir erwarten die Lösung nicht von irgendeiner Art von Gewalt, sondern von dem gesunden Verstand, dem deutschen Gemeinschaftsinn und dem Rechtsgefühl des bayerischen Volkes selbst. Der gesunde Verstand muß dem bayerischen Volke sagen, daß das Reich stärker ist als die von rechts und links bedrohte hoffnungslos verrannte bayerische Regierung von heute, sein deutscher Gemeinschaftsinn muß ihm sagen, daß es heißt, das Werk der Feinde zu tun, wenn man an der Reichseinheit rührt, sein Rechtsgefühl schließlich muß ihm sagen, daß es keinen Tag länger eine Regierungspolitik dulden dürfte, die letzten Endes praktisch auf Schuß und Begünstigung des politischen Mordwehens hinausläuft.

Das Wort Reichsregierung sprechen wir nur ungern aus und nur um der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß diese Reichsregierung, wenn sie notwendig werden sollte, vom bayerischen Volksgenossen selbst vollzogen werden wird. Die Frage lautet ja im Grunde nicht „Bayern oder das Reich?“ sondern „das Reich oder Wiesbach?“ und morgen kann sie lauten: „Bayern oder Wiesbach?“ Bayern, das ist unsere feste Zuversicht, wird an der Wiesbacherlei nicht sich selber und das Reich zugrunde gehen lassen, denn noch gibt es in Bayern treue Freunde der Reichseinheit, Republikaner, Demokraten, gibt es dort Arbeiter, aber auch Bauern und Bürger, die die Unerträglichkeit des gegenwärtigen Zustandes längst erkannt haben und für seine Beseitigung einzutreten bereit sind. An ihnen ist es jetzt, mit ihrer Regierung bayerisch deutsch zu reden, wenn es aber nottut, es beim Reden nicht bemenden zu lassen.

Her zum Reich!

„Haß müssen wir säen!“

Die großstädtischen Blätter der Deutschnationalen haben angelehnt der Erregung, die der neueste politische Mord auslöste, im allgemeinen eine solche Sanftmut der Sprache an den Tag gelegt, wie man sie kaum erwartete. Anders aber klingt es bei den kleinen Blättern draußen im Lande, die in den Haushalten der Bauern und der kleinen Leute in den Landstädten gelesen werden. Einige Stimmen dieser Art haben wir bereits verzeichnet. Heute liegt uns ein ostpreussisches Musterexemplar dieser Gattung vor, die „Diehloer Zeitung“, „Allgemeiner Anzeiger für die Stadt Warggrabowa und den Kreis Diehlow“. Dieses Blatt widmet dem ermordeten Erzberger folgenden Nachruf:

Erzberger, den „Vielgeschästigen“, hat das Schicksal ereilt, das ihm wohl die meisten national denkenden Deutschen gegönnt haben. Erzberger, der allein Schuldige an dem schändlichen Mordanschlag, Erzberger, der Deutschland den Verfasser schändlicher Verträge, der Erzberger, dessen Geist selber noch heute in so vielen Behörden, Verwaltungen und Gesehen herrscht, hat den Lohn erhalten, der ihm als Vaterlandsverräter zukam. Mag man über politische Mord denken, denn um einen solchen handelt es sich doch wahrscheinlich, wie man will, so muß wohl die Mehrheit des deutschen Volkes in diesem Augenblick aufstehen mit einem Gefühl der Entsehung. Ein Mann, der wie Erzberger wohl die Hauptschuld am Unglück unseres Vaterlandes hatte, mußte, solange er am Leben war, eine stete Gefahr für Deutschland bleiben. Es mag noch und heillos klingen, solche Worte einem Toten nachzurufen, aber durch Gefühlsduselei kommen wir nicht weiter. Haß müssen wir säen! Und wir wir unsere Feinde von außen hassen lernen, so müssen wir auch die inneren Feinde Deutschlands mit unserm Haß und unserer Verachtung stoßen. Vermittelungen sind unmöglich, nur durch Extreme kann Deutschland wieder das werden, was es vor dem Kriege war.

So offen und ohne Gesichtsmaske sprechen die Deutschnationalen draußen, wo sie glauben, daß die kritischen Blicke politisch interessierter Kreise sie nicht erreichen können! Man muß sich das merken für den Fall, daß wieder die Blutschuld der Deutschnationalen abgeleugnet werden sollte!

Demonstration.

Die riesige Demonstration, die am Mittwoch Hunderttausende in dem einen Willen einte, ihre Treue zur Republik zu bekunden, ihren Feinden ein Paroli zu bieten, gibt einem ausländischen Genossen, der deutsche wie ausländische Verhältnisse gleich gut kennt, Anlaß zu folgenden Bemerkungen. Sie sind um so mehr der Beachtung wert, als viele von uns das gleiche Gefühl haben, daß unsere Feste und Züge besser inszeniert werden könnten. Der Genosse schreibt:

Wenn man den Charakter des Volkes studieren will, muß man es bei einer öffentlichen Kundgebung befragen. Wir haben seit der November-Revolution unzählige Demonstrationen erlebt, doch so verschieden sie auch waren, sie konnten sämtlich nur in Deutschland so stattfinden.

Die Demonstration soll einen bestimmten Willen des Volkes zum Ausdruck bringen. Die Kundgebung soll zeigen, daß ihre Teilnehmer einig sind in ihrem Willen, die Größe des Zuges soll beweisen, wie zahlreich die Zusammengeschlossenen sind. Das ist der abstrakte Zweck aller Demonstrationen. Und genau so abstrakt haben sie sich hier bei uns gezeigt. Jeder Zug, der durch die Straßen Berlins gegangen ist, war stets eine Gemeinschaft ernstlicher Menschen, die wußten, was sie wollten, wozu sie gingen, welchen Zweck sie verfolgten. Jede Demonstration war das Ereignis einer Ueberlegung, die Folge einer Parole. Man sah nirgends irgendeine Begeisterung, einen Rausch des Augenblicks, eine gehobene Stimmung. Man hätte nie den Eindruck eines Festes, sondern immer den eines Werkes. Man sah keine frohen Gesichter, sondern nur entschlossene. Das ist das Ideal der Demonstration, ein Ideal, das jedoch so nüchtern ist, daß kein anderes Volk es ausgehalten hätte.

In jedem anderen Lande ist die Demonstration gleichzeitig ein Festzug. Man will nicht nur seinen Willen bekunden, man möchte auch ein bißchen mit seiner Macht prunken. Der Demonstrationszug wird immer ein bißchen als eine festliche Angelegenheit betrachtet. Man sucht sich heraus, man „zeigt sich“. Die Kundemonstranten wissen es, und sehen den Zug als ein Schauspiel an, die Teilnehmer fühlen sich als Ueberlebende und gebärden sich danach. Wenn gesungen wird, legt man Begeisterung hinein, wenn ein „Hoch!“ gerufen werden soll, wird gedrillt, in ein „Nieder!“ wird die ganze Lungenkraft hineingelegt. Die Zuschauenden erwarten es, die Demonstranten fühlen das, sie sind im Rausch, selbst wenn der Zug seit Wochen angeordnet und eingeteilt ist. Eine Feststimmung muß herrschen, sonst ist es unmöglich, stundenlang auszuhalten. In allen scheidet das Gefühl der Erwartung und wird es nicht ausgelöst, so nimmt es durch Krawalle seinen Ausgang. Die Ordner kennen das Gefühl und geben ihm stets Gelegenheit zur Betätigung. Der Erfolg sind

Zu den Blättern, die in ähnlicher Weise die Gefühle aller republikanisch Denkenden brutal brüskieren, gehört auch ein deutschnationales Blatt in Frankfurt a. d. O., der „Deutsche Volksbote“. Dieser „Volksbote“ besitzt die Frechheit, die Verordnung des Reichspräsidenten und den dazu gehörigen Aufruf der Reichsregierung mit der über die ganze Seite gehenden Knallüberschrift zu versehen: „Die Regierung unterstützt die Hege der Linken!“ Wenn die Verordnung gegen den Mißbrauch der Presse energig angewandt werden soll, dann werden die Polizeibehörden gerade drauhen in den Winkeln der Reaktion fleißig zu tun bekommen.

Wirth über die proletarische Einigung.

Stuttgart, 1. September. (WLB.) Der Reichsanzler empfing auf der Fahrt von Stuttgart nach Biberach einen Vertreter der Württembergischen Zentrumskorrespondenz und erklärte auf die Frage, welche politischen Folgen die Ermordung Erzbergers voraussichtlich noch auslösen werde, unter anderem, wenn man die Wirkungen richtig abschätzen wolle, so müsse man sich die in den letzten Wochen steigende Erregung des arbeitenden Volkes wegen der sinnlosen Angriffe von rechts gegen die Republik und staatliche Autorität vor Augen halten. Die übertriebenen Kundgebungen chauvinistischer Kreise hätten außen- und innerpolitisch Unheil angerichtet; in einem Augenblick, wo wir außenpolitisch das demokratische Selbstbestimmungsrecht forderten, kompromittiere man die Politik des Reichs. Man müßte geradezu meinen, gewisse Kreise hätten eine Freude daran, unsere Außenpolitik in eine neue Atmosphäre des Hasses und des Argwohns zu stürzen. In diese Atmosphäre hinein komme die Nachricht von dem Mord an Erzberger, die das ganze Volk in Bewegung gebracht habe. Die ungeheure Erregung des demokratischen arbeitenden Volkes könne schlimme Wirkungen auslösen. Es sei zu wenig gesagt, wenn er bemerkte, das Reich sei in Gefahr. Rein, der Staat und seine Ordnung selbst könnten durch die Politik von rechts, die den Massen Druck von links auslöse, in Gefahr gebracht werden. Er erinnere daran, daß am Montag die Sozialdemokraten und die Unabhängigen gemeinsam bei ihm vorstellig geworden seien, um auf die dem Reich und der demokratischen Republik drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Der Mord an Erzberger habe die sozialistischen Parteien einander näher geführt. Der Mord an einem bürgerlichen Politiker, dessen Lebensziel der demokratische Staat gewesen sei, eine das linksstehende Proletariat. Vielleicht sei dies gewissen Elementen auf der Rechten willkommen, weil man glaube, damit die bürgerlichen Elemente nach rechts zu ziehen. Das sei aber ein gewaltiger Irrtum. Er habe in Frankfurt gesehen, wie das christlich denkende Volk der Arbeit sich dem Mord gegenüber einstelle. Man solle sich auf der Rechten darüber klar sein, wie der Versuch, die Republik in Not zu stürzen, von der gesamten deutschen Arbeiterwelt beantwortet werde. Die Reichsregierung erfülle mit den Maßnahmen des gestrigen Tages nur ihre Pflicht, indem sie größeren Gefahren vorbeugen suche.

Verbot der Sedanfeiern in Berlin.

Berlin, 1. September. (WLB.) Verschiedene Ortsgruppen der Deutschnationalen Volkspartei in Groß-Berlin planten für den 2. September d. J. die Abhaltung von Sedanfeiern teils in geschlossenen Räumen, teils unter freiem Himmel. Der Polizeipräsident von Berlin hat gegen diese Feiern ein Verbot erlassen, das den einzelnen Ortsgruppen zugestellt wurde. Das Verbot hat folgenden Wortlaut:

„Hiermit verbiete ich auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 die für den 2. September geplante Sedanfeier. Das Verbot begründe ich mit folgendem: Mit Rücksicht darauf, daß die von politisch rechtsstehenden Kreisen in jüngster Zeit veranstalteten sogenannten nationalen Feiern zur Verherrlichung der Monarchie und zur Verächtlichmachung der deutschen Republik, ihrer verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen mißbraucht worden sind, ist die Befolgung begründet, daß auch die für den 2. September in Aussicht genommene Sedanfeier dem gleichen Zweck dient und hierdurch der innere Friede des Staates gefährdet wird.“

immer die effektvollen Arrangements aller Demonstrationen in Frankreich, Italien, Rußland, oder wo es auch sei.

Zugegeben: das alles ist Theater, aber niemand, der ein solches Theater mitgemacht hat, wird jemals sich seiner Wirkung entziehen können, und da der Zweck einer Demonstration doch nur eine psychische Wirkung sein soll, ist es berechtigt. In keinem Lande ist eine Demonstration auch nur denkbar, an der die Teilnehmer schweigend, mit Regenschirmen in der Hand, stundenlang in ruhigem Zug marschieren würden. Sie ist das Ideal der öffentlichen Kundgebung, weil sie den Willen aller, allein auf das Wesentliche gerichtet, zeigt, aber so nüchtern, daß sie die Wirksamkeit der Kundgebung beeinträchtigen kann.

Unterirdische Feuersbrunst. Ein Mitarbeiter, der dieser Tage eine jener wichtigsten Braunkohlengruben Mitteldeutschlands, die Zeche Freudenthal bei Oberlausungen im Kayfanger Walde, befahren hat, schreibt über einen unterirdischen Brand, der dort seit 50 Jahren wütet:

Der Braunkohlenbergbau ist ein mühseliger Kampf gegen Gebirgsdruck, giftige Wetter und Wasser und hier kommt noch ein ununterbrochenes Ringen gegen eine gewaltige Feuersbrunst unter der Erde hinzu. Etwa zehn Minuten sind wir durch einen gemauerten Stollen gefahren — wir sind zwar zu Fuß gegangen, aber der Bergmann ist nobel, er fährt nur, auch wenn er Schusters Rappen benutzt — und haben eine Tiefe von etwa 30 Metern unter der wald- und kartoffelbedeckten Erdoberfläche erreicht, als der Führer den Rat gibt: „Hassen Sie einmal an die Wand. Sie ist warm. Dahinter brennt das Feuer!“ Es war in der Tat warm. Mehrmals sind wir an Mauerwerk gekommen, das zum Schutz gegen den Brand aufgerichtet worden ist und dann kamen wir auch an eine Stelle, an der noch gebaut wird. Da sah das Auge durch Ritzen im Mauerwerk eine leuchtende Glut. Schwere Rauchschwelle sich durch die Glut. Das ist das Feuer!

Auf weiter Strecke zieht sich eine lebende Wabe durch den Berg, von der man an der Erdoberfläche nichts merkt. Ist der Brandherd einmal angebahrt, dann muß mit Höchstgeschwindigkeit abgedämmt werden. Dasselbe Verfahren wie bei den Wettern ist notwendig. Am besten läßt man das Handende herab, d. h. Ton und Gestein, das am wirkungsvollsten abschleift. Der heiße Schwaden, der dem Bergmann entgegenbringt und giftige Kohlenoxydgase mit sich führt, könnte gefährlich werden. Bis jetzt ist noch alles gut gegangen! Das Feuer ist vor etwa fünfzig Jahren entweder durch Selbstentzündung oder infolge des Drucks der auf der Kohle lastenden Gebirgsschichten aus Stein und Ton entstanden. Es wurde abgeriegelt, aber je weiter die Stellen voratretten worden sind, immer wieder stieß der Bergmann auf den Brand, der einfach mit dem in der Grube arbeitenden Menschen vorwärtskroch und so die ungeheure Ausdehnung angenommen hat, die heute zu verzeichnen ist.

Werkwürdigerweise sind noch keine größeren Anstrengungen gemacht worden, den Brand zu ersticken. Teht erst geht man daran, den Brand auch vor seinem Wege abzuriegeln und zu bewässern.

Westary beklagt sich.

Mugsburg, 1. September. (WLB.) In einer gestern Abend hier abgehaltenen deutschnationalen Versammlung, in der Graf Westary sprach, kam der Redner auch auf die Ermordung Erzbergers zu sprechen und sagte, es sei eine ganz gemeine niederträchtige Hege nicht nur gegen die deutschnationalen Kreise, sondern gegen alles und gegen jeden eingeleitet worden, der die Erinnerung an die schönen Zeiten des Kaiserreiches und an die gewaltigen Heldentaten unseres Heeres sich nicht aus dem Herzen reißten lassen möge. Wenn es aber zu der Morbidität an Erzberger gekommen sei, so trage daran ein vollgerichtetes Maß der Schuld die Sozialdemokratie, welche jahrelang den klaren Sinn unseres Volkes verwirrt habe.

Wenn irgend jemand das Mandat hat, über eine Hege zu klagen, so ist es am allerwenigsten dieser Graf Westary, der in den Zeiten der Revolution einen sozialdemokratischen Volksbeauftragten einen Obleidbrief ersuchte, damit er von Arbeiter- und Soldatenräten unbehelligt in seine östliche Heimat einziehen könne. Damals, als es galt, wor auch ein Westary nicht zu finden, um für seine geliebte Monarchie einzutreten. Erst nachdem die Stürme der Revolution vorübergebraust waren und die demokratische Republik ihn und seinesgleichen die Meinungsfreiheit garantierte, wagte er sich wieder hervor, um nun um so schlimmer die Hege gegen alle an der Aufrichtung des neuen Staates beteiligten Personen zu inszenieren. Daß Westary und seinesgleichen überhaupt noch öffentlich reden dürfen, ohne vom Sturm der Entrüstung hinweggesetzt zu werden, ist ein Zeichen für die unglaubliche Toleranz der Republikaner. Wenn er sich noch beklagt, so macht er sich höchstens lächerlich.

Ludendorff, der Ausweichler.

Herr Ludendorff ist bekannt dafür, daß er unangenehme Situationen auszuweichen versteht. Als er in den Tagen der Revolution fürchtete, zur Verantwortung gezogen zu werden, wich er nach Schweden aus, nach dem mißlungenen Rapp-Putsch, in dem seine Rolle keineswegs einwandfrei war, wich er von Berlin nach München aus.

Aber auch in Dingen, die weniger physisch als moralisch gefährlich sind, versteht der Strategie die Kunst des Ausweichens. Der „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ hat General Ludendorff zu einer offenen Aussprache über die Dolchstoßlegende aufgefordert. Insbesondere sollte die Diskussion geführt werden über zwei Stellen des Ludendorffschen Erinnerungsbuches, in dem Ludendorff behauptet, daß alle Klagen über das Schlimmerleben gewisser Offizierskreise im Feld und in der Etappe auf „schändlicher Verleumdung“ beruhen. Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer fordert Ludendorff auf, die zahlreichen erwießen Fälle schwerster Korruptionen und direkter Veräufungen der Mannschaften durch Offiziere aufzuklären.

Ludendorff ist dieser Auseinandersetzung bisher ausgewichen. Er wird in einem Flugblatt des Friedensbundes nochmals aufgefordert, den Mut zu haben, ehemaligen Soldaten Augen in Auge gegenüberzutreten und seine Behauptungen zu beweisen.

Wir glauben nicht, daß Ludendorff es tun wird. Die Herren sind aus ihrer Vergangenheit nur gewöhnt, vor einer strammstehenden Front nach dem Kommando „Stillgestanden“ große Reden zu halten, wenn sie also ganz sicher sind, daß niemand der Angeredeten seine abweichende Meinung kundtun kann!

Ueber den Brenner?

Karlsruhe, 1. September. (WLB.) Auf der Redaktion der „Badischen Presse“ ist heute morgen eine Karte eingetroffen folgenden Inhalts:

Gassenhof, 23. August. Beste Redaktion! In dem Bestreben, den Behörden keine unnötigen Schwierigkeiten zu bereiten, teilen wir Ihnen mit, daß wir den Brenner hinter uns haben. Man mag in Oppenau und Ortesbach beruhigt sein und den aufgetriebenen Apparat nach Hause schicken. Wir geben Ihnen anheim, von dieser Mitteilung nach Gutdünken Gebrauch zu machen. Funktionär.

Diese Karte ist der Staatsanwaltschaft sofort übergeben worden, um festzustellen, ob es sich um eine Witzpostkarte, eine versuchte Irreführung handelt oder ob tatsächlich die Abfender die Mörder Erzbergers sind.

Klassen im Film. Die deutsche Filmproduktion hat sich an einen interessanten Versuch gewagt: eine Reihe deutscher und ausländischer Gelehrter haben sich zusammengefunden, um einen Film herzustellen, durch den sie die Relativitätstheorie allgemein verständlich zu machen hoffen. Der außerordentlichen Anschaulichkeit und damit Ueberzeugungskraft des Films soll nun gelingen, was allen anderen Darstellungsmitteln bisher verlagert geblieben ist: nämlich auch den vielen, deren Vorbildung wissenschaftlichen Anforderungen nicht genügen kann, zu verdeutlichen, was außerordentlicher Erfolg menschlichen Denkens und Forschens durch die Relativitätstheorie errungen worden ist. Die technische Ausführung des Films stieß zunächst auf außerordentliche Schwierigkeiten; unter Mithilfe hervorragender Ingenieure und Psychologen gelang es, die Aufnahmegeräte des Kulturfilms den ungemein differenzierten Bewegungsvorgängen des Lichts, der Weltkörper und der Gegenstände auf der Erde anzupassen, auf deren Gesamtheit die neue Theorie Bezug nimmt. Der Film, der zum Dezember fertiggestellt und den Titel „Die Grundlagen der Relativitätstheorie“ haben wird, gibt zunächst eine Einführung in die Erscheinungen des „klassischen Relativitätsprinzips“. Die Filmdarstellung schreitet dann weiter fort und sucht wesentliche Begriffe der eigentlichen Relativitätstheorie systematisch zu entwickeln und anschaulich zu machen.

Hoffen wir, daß dem Film gelingt, was den vielen Vorträgen und Broschüren über die Relativitätstheorie bisher nicht gelungen ist: Verständnis und dauerndes Interesse für sie und darüber hinaus für physikalische Probleme zu erwecken.

Naturgeschichte des Streifbrochers. In allen Orten des schwedischen Bezirks Canne, in dessen Schieferwerken gestreift wird, läßt man folgenden Anschlag:

Als Gott seine letzte Arbeit vollendet hatte, nämlich die Klapperschlange, den Frosch und den Blutegel, blieb noch ein Stoff zurück, eine eigentümliche Substanz, aus der er den Streifbrocher schuf. Der Streifbrocher ist ein zweibeiniges Tier, das eine Seele wie einen Korzenzieher, ein Hirn voll Kartoffelbrei und einen Rücken aus Lehm und alten Gummischuhen besitzt. Da, wo der Mensch das Herz hat, trägt der Streifbrocher ein Gewächs von verfaulten Substanz. Geht er über die Straße, so lehren ihn die Menschen den Rücken; die Engel im Himmel vergießen Tränen, und der Teufel schleift die Pforte der Hölle vor ihm zu. Inbass Schariot war ein Geniesman im Verneisch zum Streifbrocher. Ihm war so viel menschliches Gefühl geblieben, daß er sich erhängte; aber ein Streifbrocher tut das nicht.

Der Berliner Volksthor veranstaltet in Gemeinschaft mit der Rikst-Georgina zwei Aufführungen von Verloschs Fausts Verdamnung mit dem Philharmonischen Orchester am 5. Sept. in der Neuen Welt und am 10. Sept. in der Philharmonie.

Als Mittel zur Staubabkämpfung wird die Essigsäure empfohlen. Durch Besprengung der Straßen mit diesem Stoff sollen in der Schweiz vorzügliche Ergebnisse erzielt sein. Die präparierte Lauge wird wie Wasser auf den Straßenkörper verteilt. Sie hinterläßt einen braunen, aldehydähnlichen Rückstand, der sich mit dem Schotter zu einem harten Oberflächenschicht verbindet und wochenlang hält und nur von starkem Regen weggespült wird.

Eindruck der Riesenkundgebung.

Die gestrige Kundgebung der 500 000 im Lustgarten hat einen gewaltigen Eindruck auf die Bevölkerung hinterlassen. Selbst der Teil der bürgerlichen Presse, der der Veranstaltung feindlich gegenübersteht, kann sich diesem Eindruck nicht gänzlich entziehen. So muß selbst der deutschnationalen „Volk-Anzeiger“ die Massenhaftigkeit des Aufmarsches und die musterhafte Disziplin der Demonstranten widerwillig zugestehen. Ein anderes bürgerliches Blatt schreibt, daß am gestrigen Tage die vielgerühmte Disziplin der Berliner Arbeiterbewegung sich selbst übertrifft habe. So war es in der Tat, wenn man bedenkt, daß Hunderttausende stundenlang auf den Beinen waren und die rechtsstehende Presse doch nicht den kleinsten Zwischenfall aufführen kann, aus dem sie Kapital schlagen könnte. Es müßte denn der unverbesserliche Herr Hufschung sein, der im „Tag“ feststellt, daß einer Dame das Handtäschchen gestohlen worden sei. Aber er ist vorsichtig genug hinzuzufügen, daß ihr das auch im Stadion hätte passieren können.

In ähnlicher Weise suchen auch andere Blätter der äußersten Rechten den Eindruck der Kundgebung hinwegzuwehnen. Die Methode ist alt und bewährt. Man berichtet irgendeine Dummheit, die irgendein Mann oder eine Frau von den 500 000 gesagt haben soll, womit dann der „Beweis“ geleistet ist, daß die Masse gar kein Verständnis für den Sinn der Demonstration gehabt hätte. Oder man bemerkt, daß die Massen ganz ruhig dahingezogen, also gar nicht erregt gewesen seien, als ob sie sich hätten die Brust aufreißen und mit den Häuten fucheln sollen. Oder man hat an einem der vielen tausend Schilder und Plakate etwas auszuweisen und was solche kleinlichen Mähen mehr sind.

Demgegenüber soll aber doch festgestellt werden, daß die ernstzunehmende Presse übereinstimmend den würdigen und impotanten Verlauf der Demonstration zugibt und daß selbst einzelne Stellen in der Rechten immer wieder zeigen, daß die reaktionären Federhelden bei allem Bemühen, für sich ein Körnchen zu erpicken, sich innerlich doch nicht dem Eindruck haben entziehen können.

Die Demonstration im Reich.

Potsdam, 1. September. (Eigener Bericht des „Vorwärts“.) Ohne Zwischenfall und Störung verlief gestern die Kundgebung zu der das Gewerkschaftskomitee im Verein mit den Ortsgruppenleitern der drei sozialistischen Parteien aufgerufen hatte. Der „Mittag-Froh“ in der Zimmerstraße war bis auf den letzten Platz gefüllt und lag in den Nebensälen standen die Zuhörer. Für die SPD sprach der Landesabgeordnete Eisinger, für die KPD Leo Spandow und für die USPD der Gewerkschaftssekretär Hirsch. Eine die Forderungen der Gewerkschaften und der politischen Organisationen der Republikaner betonende Resolution wurde angenommen. Wie mitgeteilt wurde, findet die Beerdigung des Arbeiters Franke, der am Sonntag tödlich getroffen wurde, am Freitag nachmittags 3 Uhr von der Reichshalle des Friedrichs aus statt. Die Betriebe beteiligten sich daran geschlossen. Für seine Hinterbliebenen veranstalteten die Veremmetten gestern eine Tellerkommune.

Frankfurt (Oder), 1. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die von der Sozialdemokratischen Partei, den Unabhängigen und dem Gewerkschaftskomitee gemeinsam veranstaltete Demonstration war ansehnlich stark. Die Massen, die nach Beendigung des Umzugs auf den Rathausplatz geführt wurden, wurden geteilt, da der Platz für sie nicht ausreichte. Der Umzug war so stark, daß es den Ordnern kaum gelang, die Massen unterzubringen. Man schätzte die Teilnehmerzahl auf über 10 000. Für unsere Partei sprach Genosse Schütz, für die Unabhängigen W. L. In einer Resolution, die unter fürmlichem Beifall zur Annahme gelangt, wurde die Empörung der Demonstranten über die politische Lage zum Ausdruck gebracht und gefordert, daß eine schnelle Umbildung der preussischen Regierung erfolge, wobei auf jeden Fall die an der Nordatmosphäre mitschuldigen Reichsparteien auszuschließen seien.

Candberg a. d. W., 1. September. (Eigener Bericht des „Vorwärts“.) Hier gestaltete sich die Demonstration für die Republik zu einem Massenmeeting, wie es Candberg kaum je gesehen hat. Sammelplatz war „Livol“. Hier formierte sich der Zug, um nach dem Marktplatz zu marschieren. Dort sprach vor gut 10 000 Personen der Genosse Fuß (Berlin). Beifallsstürme brachen aus, als unser Redner die Bedingungen bekannt gab, unter denen wir bereit sind, die Regierung zu unterstützen. Der am Orte anwesende Sekretär der KPD, bekante sich offen für die Ausführungen des Genossen Fuß und gelobte, die auf dem Marktplatz befindliche Einigkeit mit allen Kräften zu fördern.

Greif, 1. September. (Eigener Bericht des „Vorwärts“.) Die Demonstration in Greif wies eine riesige Beteiligung auf. Auf dem Dresdener Platz, wo der Zug endete, erwartete eine riesige Menschenmenge die Massen; insgesamt waren etwa 15 000 Menschen beisammen, die den Reden der Genossen Taubadel und Buchwitz „Gegen den politischen Wahn — für die Republik“ in einer in dem Sinne gehaltenen Entschiedenheit stürmisch zustimmten.

Karlruhe, 1. September. (WTW.) Annähernd 30 000 Personen nahmen auf dem Marktplatz bei Beifall die Ausführungen des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schöpflin und des unabhängigen-sozialistischen Staatsministers Johann Junk entgegen. Sodann bildete sich ein gewaltiger Demonstrationzug, der sich nach seiner Rückkehr auf dem Marktplatz in voller Ruhe aufstellte.

Mannheim, 1. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In einer allabendlichen Demonstration der beiden sozialistischen Parteien, an der mehr als 30 000 Personen teilnahmen, demonstrierten gestern nachmittags vor dem Hofgarten die Mannheimer Arbeiter gegen die reaktionären Anschläge der deutschnationalen Mörderliste. Der Redner unserer Partei erntete am Schluß fürmlichen Beifall. Eine Resolution, die sich gegen die deutschnationalen Revolverpolitik wendet, fand einstimmig Annahme. Die Demonstration ist ruhig verlaufen und hat einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen.

Kiel, 1. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine Riesenkundgebung, wie sie am Springquell der Revolution selten gesehen wurde, veranstaltete gestern die Kieler Arbeiterbewegung. Um 2 Uhr nachmittags wurde die Arbeit in sämtlichen Betrieben eingestellt. Ungeheure Menschenmassen versammelten sich um 3 Uhr, dem Rufe der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien folgend, auf dem Geertplatz inmitten der Stadt. Der Platz erwies sich als klein, um sämtliche Teilnehmer an der Demonstration, deren Zahl auf etwa 40 000 geschätzt wurde, zu fassen. Nach kurzen Ansprachen des Reichstagsabgeordneten Gerold Egerstedt und eines unabhängigen Genossen, in denen sofort zum Ausdruck kam, daß die Gebildeten des werktätigen Volkes ein Ende hat und daß es nicht mehr gewillt ist, die unverdächtigten Provokationen der Reaktionäre zu dulden, formierte sich die Menge zu einem sehr endlosen Zug durch die Stadt, der einen überwältigenden Eindruck hinterließ. Die Kommunisten hatten sich der Kundgebung angeschlossen.

Bremervorwerk, 1. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der Mittagsstunde fand hier eine große Massenversammlung auf dem Marktplatz statt. Drei Redner hielten Ansprachen. Danach begann der Umzug durch die Unterwerferorte, bei dem mehr als 15 000 Teilnehmer gezählt wurden.

Münster (Westfalen), 1. September. (WTW.) Zu einer gewaltigen Kundgebung gestaltete sich die von der SPD, USPD, und den freien Gewerkschaften veranstaltete Demonstration. Die dicht gedrängte Menge sollte den Rednern lebhaften Beifall. Mit einem begeisterten Hoch auf die Republik löste sich die Versammlung in Ruhe und Ordnung auf.

Groß-Berlin

Soziale Pflicht.

Die Deffenlichkeit erfährt von einer erschrecklichen Tatsache. Wo einstmal der Erdboden von den gesunden Weinen der wilhelminischen Paradieselbaten zerstampft wurde, sollen arme tuberkulöse Kinder, zum großen Teil die Opfer dieses soldatischen Uebermuts, geheilt werden. Das heißt man will die Egerzierplätze in Volkshospitälern verewandeln. Bis jetzt ist nur ein kleines Gelände für diesen humanen Zweck in Aussicht genommen. Man könnte jedoch die Vergangenheit nicht besser sühnen, als wenn man aus allen Kasernen Krankenhäuser und aus allen Egerzierplätzen der deutschen Lande solche Stätten zur Verbesserung der Volksgesundheit machte. Die Volksgesundheit heben, heißt in erster Linie, die Tuberkulose bekämpfen. Wie wieder Krieg gegen die Menschen, aber ein unermüdlicher Kampf gegen die Tuberkulose! Dazu gehört besonders, so lange wir nichts Neues schaffen können, daß alles erhalten wird, was sich im Kampf gegen die Schwindsucht bewährt hat: Heilstätten, Waderholungsstätten, Fürsorgestellen, Tuberkulosekrankenheuser. Gerade die Krankenhäuser für Tuberkulose haben heute eine erhöhte Bedeutung, weil sie Kranke aller Stadien, auch die für die Anstellung am gefährlichsten, absondern und behandeln.

Ein solches Krankenhaus ist die Friedrichstadtklinik für Lungentränke zu Berlin, das seit 7 Jahren erfolgreich im Dienste an diesem volkshygienischen Werte steht. Viele deutsche Ärzte und Medizinstudenten und zahlreiche Ausländer haben an dieser Stätte der Humanität und Wissenschaft belehrende Anregung gefunden. Das leider allzu reichliche Material der leidenden Menschen, aber auch die Mannigfaltigkeit der ärztlichen und sozialen Behandlungsmöglichkeiten konnten mitten im Universitätsviertel der Weltstadt studiert werden.

Nun droht der Friedrichstadtklinik für Lungentränke die Schließung. Man liest in den Zeitungen aller Parteien mit Bitterkeit, die enstige Rotenpresse könnte nicht das winzige Bündel von Geldscheinen herstellen, die zur Erhaltung dieses unbedingt notwendigen Instituts nötig sind. Sollte ein leeres Gerede bleiben, was in den Zeitungen geschrieben wird, daß diese Anstalt der sozialen und wissenschaftlichen Arbeit um jeden Preis weiterbestehen muß? Die finanziellen Kräfte des Mannes, der jahrelang aus reinem Idealismus und ohne jedes Gewinninteresse die Klinik erhalten hat, sind erschöpft. Nämlich der preussische Staat die Vorschläge des ehemaligen Kultusministers Haenisch an und machte er sich zum Eigentümer und Verwalter der Klinik, er würde nur eine selbstverständliche soziale Pflicht erfüllen. Sogar politische Gruppen, die rechts gerichtet sind und die sonst gewiß nicht mit einem Uebermaß sozialer Weichheit befaßt sind, wollen mit parlamentarischen Mitteln die Zukunft dieser Stätte der Heilung und Forschung sichern. Die Parteien der sozialen Gerechtigkeit werden wissen, wie sie zu antworten haben, wenn im Hauptauschuß des Landtags beim Etat des Kultusministers diese wichtige Frage zur Erörterung kommt.

Erhöhung der städtischen Tarife.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats teilt mit: Der Magistrat hat sich heute erneut mit den Lohnforderungen der städtischen Arbeiter und Hilfskräfte beschäftigt. Die Funktionäre der letzteren hatten bekanntlich das schon recht weitgehende Angebot des Magistrats — einen Stundenzuschlag von 80 Pf. zu gewähren — als zu niedrig, und zwar namentlich auch deshalb abgelehnt, weil der Magistrat gleichzeitig einem Abbau der übermäßigen hohen Zuschläge der Arbeiter, vor allem für die Nacht- und Sonntagsarbeit verlangte. Die letzteren sind derartig hoch, daß z. B. der Betrieb der Straßenbahnen an Sonntagen trotz teilweiser Ueberfüllung der Wagen mit Unterbilanz arbeitet. Nachdem die Versuche des Magistrats zu diesen neuen ihm drohenden Lasten von Reich und Staat einen Zuschuß zu erhalten, gescheitert waren, mußte der Magistrat bei seinem Beschluß von 80 Pf. Stundenlohnzuschlag beharren. Auch an dem Grundgedanken der Einleitung des Abbaues der nicht berechtigten hohen Zuschläge mußte festgehalten werden. Mit dieser durch die allgemeine Teuerung bedingten erneuten Lohnforderung und mit der Erhöhung der Beamteneinkünfte werden der Gesamtbevölkerung neue Lasten auferlegt, so daß sich eine Erhöhung der Tarife der städtischen Werke sowie der städtischen Steuern nicht umgehen läßt. Es müssen daher aus den städtischen Werken rund 60 Millionen und der Rest aus einer Erhöhung der Gewerbesteuern herausgeholt werden. Insbesondere bedingen die neuen Lohnforderungen eine Erhöhung des Gaspreises, der schon infolge der Erhöhung des Kohlenpreises an sich eine Erhöhung um 10 Pf. erfahren muß, um weitere 15 Pf. pro Kubikmeter, so daß wir nunmehr auf einen Preis von 1,75 M. kommen werden. Entsprechend muß der Elektrizitätspreis je Kilowattstunde von 3 M. auf 3,50 M., der des Wassers von 0,90 auf 1 M. erhöht werden. Dergleichen läßt sich eine weitere Erhöhung des Fahrpreises für die Straßenbahn, der zurzeit bekanntlich 1 M. beträgt, nicht umgehen. Da aber der Sonntags- und Nachtbetrieb der Straßenbahn infolge der während dieser Zeit gezahlten erhöhten Lohnzuschläge unwirtschaftlich ist, so scheint es gerechtfertigt, diese Zuschläge auf die Fahrten zur Nachtzeit abzurufen. Demgemäß soll nunmehr für eine Straßenbahnfahrt in der Zeit

nach 10 Uhr abends der Preis von 1,50 M.

erhöhen werden. Dies erscheint uns so weniger bedenklich, als ein großer Teil der Fahrgäste in der genannten Zeit die Straßenbahn nicht aus beruflichen Gründen benutzt. Andererseits glaubte der Magistrat eine Erhöhung des Fahrpreises an Sonntagen nicht verantworten zu können, um einem großen Teil der Bevölkerung, namentlich der ärmeren, nicht die Möglichkeit einer Erholung am Sonntag zu nehmen.

Dieser letzten Meinung des Magistrats, daß die Straßenbahn nach 10 Uhr abends nicht mehr aus beruflichen Gründen benutzt wird, muß ganz energisch widersprochen werden. Die Masse der Nachtarbeiter Berlins setzt sich nicht aus Kreisen zusammen, die den erhöhten Nachtfahrpreis ohne weiteres zahlen können. Für diese wirklichen Nachtarbeiter muß, falls der Magistrat bei seinem Beschluß beharrt, Vorkehrung getroffen werden, daß sie durch die beabsichtigte Erhöhung nicht betroffen werden.

Das Konto des Lustmörders.

Die Untersuchung vor dem Abschluß.

Die Verdrehen des Lustmörders Großmann dürften im Laufe des heutigen Tages ihre restlose Aufklärung finden. Außer dem von der Kriminalpolizei bisher zusammengetragenen schweren Belastungsmaterial, durch das dem Verbrecher vier Mädchenmorde nachgewiesen werden sollen, haben gerichtsarztliche und chemische Untersuchungen der in der Großmannschen Wohnung beschlagnahmten Sachen und Geräte ein für den noch immer hartnäckig leugnenden Verbrecher geradezu vernichtendes Resultat erzielt.

Der Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch hat die in dem Zimmer Großmanns vorgefundenen Achenreste untersucht und dabei Entdeckungen gemacht, die es außer Zweifel stellen, daß Großmann auch Leichenteile in seiner Behausung verbrannt hat. Sehr wesentlich sind auch die vom Lebensmitteluntersuchungsamt vorgenommenen chemischen Untersuchungen der Bank, auf der Groß-

mann seine Opfer gefesselt und, wie die chemische Untersuchung ergeben hat, auch abgeschlachtet und zerstückelt hat. Die chemische Untersuchung hat einwandfrei ergeben, daß sich an dieser Bank Menschenblut und Fasern von Menschenfleisch befinden. Die gleiche Entdeckung wurde ebenso einwandfrei an gleichfalls daraufhin untersuchten Messern, sowohl an der Schneide wie auch an den Messergriffen gemacht. Die chemischen Untersuchungen waren in allen Fällen einwandfrei positiv. Bei der heute angelegten Gegenüberstellung des Verbrechers mit den von der Kriminalpolizei ermittelten und bereits vernommenen Zeugen werden auch diese ärztlichen und chemischen Gutachten dem Lustmörder vorgehalten werden.

Der Aufmarsch der Jugend.

Zu der gestrigen Demonstration sei noch über die Beteiligung der Arbeiterjugend folgendes nachgetragen: Die meist mit den einzelnen Betriebsdemonstrationen eingetragenen jugendlichen sammelten sich gestern nachmittags auf dem Schlossplatz zu einer mächtigen Kundgebung. Vom Rande des Begas-Brunnens herab sprach Genosse Herberth Heiland zu einer vielköpfigen Menge. Wir haben geglaubt, die Würfel unserer Schicksale seien am 9. November 1918 gefallen. Sie sind gefallen; aber noch hat das Spiel sein Ende nicht erreicht. Was die politische Situation noch so drohende Formen annehmen, wie wissen, wie die Würfel fallen müssen: dem Proletariat gehört die Zukunft. Die nationalistische Pressehege hat den Boden vorbereitet auch zu dem Attentat auf Erzberger. Von den 329 politischen Morden der letzten zwei Jahre entfielen drei Viertel auf das Schicksal des Bourgeois. Sie sind zum größten Teil noch ungeklärt. Die Republik gibt nationalistischen Verbrechern Gefängnisurlaub. Wir wissen nicht, ob Erzberger das letzte Opfer sein wird. Die Arbeiterklasse darf nicht Wut mit Wut vergelten. In der Angst der bestehenden Klassen vor dem Wiederauftreten Erzbergers in unserer öffentlichen Leben spiegelt sich die Furcht vor der Republik wieder. Wie war der Augenblick günstiger, die Republik zu verankern als jetzt. Demokratisierung der Verwaltung, Auflösung der geheimen militärischen Formationen — das sind die nächstliegenden Forderungen der Arbeiterschaft.

Nach Beendigung der Gesamtkundgebung demonstrierte die Arbeiterjugend unter dem Gesänge von Kampfliedern in den westlichen Stadtvierteln Berlins. Am Bittenbergplatz sprach zum Abschluß der Demonstration Genosse Rüdiger. Mit dem Gesang der Internationale und unter Hochrufen auf die sozialistische Republik fand die Kundgebung ihren Abschluß.

Das neue Telefonbuch.

Das Fernsprechbuch enthält fortan die Hauptstellen sowie die Nebenstellen Dritter. Es wird diesen Personen bei der erstmaligen Uebernahme des Anschlusses unentgeltlich ins Haus geliefert. Bei späteren Ufugungen ist das neue Buch binnen 14 Tagen gegen Rückgabe des alten bei der von der Telegraphenverwaltung bestimmten Dienststelle abzuholen. Da Massenauflagen bei dem zunehmenden Umfange der Bücher nicht mehr überall mit Hilfe der Briefträger durchführbar sind, zumal viele Teilnehmer gleichzeitig eine größere Zahl der Bücher geliefert erhalten. Ueber die Regelung des Abholverfahrens erhalten die Teilnehmer rechtzeitig Nachricht. Wird das Buch nicht abgeholt oder die Zustellung gewünscht, so brinnt es die Post gegen eine Gebühr von 1,50 M. ins Haus. Des alte Buch muß dabei zurückgegeben werden. Dies ist aus Betriebsrücksichten notwendig, weil durch den Gebrauch veralteter Verzeichnisse sehr viele Falschverbindungen und unnötige Anfragen bei den Austauschstellen der Fernsprechämter verursacht werden. Wird das alte Buch nicht zurückgegeben, so stellt die Telegraphenverwaltung wegen der bestehenden hohen Preise für Altkopier dem Teilnehmer ein Zehntel des Verkaufspreises des Fernsprechbuches in Rechnung.

Nachtbuden und Polizei.

Als am Sonntag in einem abgelegenen, von größerem Ausflugsverkehr nicht besuchten See hinter Ortner, so schreibt uns ein Leser, etwa hundert Männlein und Weiblein in abemittlichem Kostüm badeten, tauchte plötzlich die aus Forstbeamten gebildet sogenannte Feuerwache auf und protestierte gegen die Unsitlichkeit. Namentlich der eine der beiden Forstentsele spürte das Bedürfnis, sich die Badenigen aus allernächster Nähe zu besehen und zu erklären: „Solche Schweinerei ist bisher hier nicht Mode gewesen und wird auch in Zukunft nicht gedeihen.“ Die Badenenden ließen sich aber nicht aus der Gemütslichkeit bringen und waren der Meinung, daß ein Feuerwächter kein Jugendwächter sei, also Waldbrände zu verhüten, aber sich dienstlich nicht um Sittlichkeitsfragen zu kümmern habe. Sie drohten, an die Polizei zu telefonieren und taten das auch. Das zuständige Polizeiamt hat ihnen aber, wie sie später noch entrüsteter im Cashof erzählten, drastisch geantwortet: „Na, sollen wir etwa hundert Badenenden die Badehose anziehen? Wir schicken keine Beamten, weil es zwecklos wäre und auch gar kein geschicktes Verbot des Badens ohne Badehose besteht.“ So ist's richtig. Wenn das Radibaden nicht paßt, der soll nicht hinsehen und es nicht so machen wie jene beiden alten Jungfern aus Berlin W.W., die den Badestrand von ihrem Hotel aus mit dem Fernglas ablichten und sich dann über allzuunachts Menschenfleisch beschwerten.

Eine Vierlingegeburt wird aus Seehausen in der Ullmert gemeldet. Dort zeigen Karl Diekmann und Frau die glückliche Geburt von Vierlingen hoch erfreut an. Mutter und Kinder sollen sich den Verhältnissen entsprechend wohl befinden.

Kaufboden und Destille. Genosse Richard Lohmann schreibt uns: Der „Roten Fahne“ sind meine Ausführungen im „Vorwärts“ über die Täufelheit der kommunistischen Fraktion im Roten Hause gewaltig in die Ohren gefahren. Am Mittwoch abend widmet sie gleich zwei Artikel dem ihr notwendig erscheinenden Ablenkungsmanöver. Da ihr die sachliche Widerlegung schwer wird, begibt sie sich auch auf das persönliche Gebiet und schreibt zum Schluß: „Wir möchten Herrn Lohmann daran erinnern, daß er es sehr gut versteht, im Verein mit den Deutschen Volksparteiern im Foyer des Stadtparlaments dem alkoholischen Genuß zuzusprechen und daß er das Parlament schon zur Destille gemacht hat.“ Der Verfasser dieser Notiz scheint selbst aus der Destille gekommen zu sein, als er seine bahnbrechende Beobachtung gemacht hat, und da dürfte ihm die sein überlich nach Fraktionen getrennten Tische im Foyer des Rathauses im Kreise herumgegangen zu sein. Im übrigen ist an der Notiz so viel richtig, daß das Stadtparlament in der Tat bisweilen einer Destille geglähen hat. Ob das auf „alkoholischen Genuß“ zurückzuführen war, darüber dürfte die kommunistische Fraktion besser Auskunft geben können als wir.

Für das Oberschlesier-Hilfswerk. Am Sonnabend, den 3. September, werden auf Beschluß des Verbandes der Kaffeehausbesitzer Deutschlands in jedem Kaffee in Deutsches Reich 5 Proz. der Gesamtkassierung dieses Loges aus eigenen Mitteln von allen Kaffeehausbesitzern für das Oberschlesier-Hilfswerk gestiftet werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß besondere Sammlungen an diesem Abend in den Kaffeehäusern Groß-Berlins nicht vorgenommen werden.

Zum Kinderfest des Bezirksamts Wedding am Sonnabend, den 3. September, treffen sich alle Genossen und Genossinnen des Sozialistischen Vereins „Die Naturfreunde“ (Zeit. Groß-Berlin) um 2 Uhr an folgenden fünf Plätzen: Grunewald, Oskar-Werder-Allee, Britanien-Strasse, Ede Kolonialstraße, Eberplatz, Kollwitzstraße, Ede Seestraße. Abmarsch mit den Kindern um 4,30 Uhr. Später kommende Genossen finden sich um 1/2 10 Uhr vor Schloss Schönholz ein. Die Teilnahme sämtlicher Mitglieder muß bekannt gemacht werden. Teilnehmerkarten, Erwachsene und Kinder (Keller frei) a 1 M. sind auch noch beim Genossen Eißler, Dreifelder Str. 23, zu haben.

Jungsozialisten. Gruppe Schönhauser Vorstadt. Heute abend 8 Uhr bei Tor, Lichtstr. 69, Vortrag: Die politische Lage. Referent: Genosse Postl.

Gewerkschaftsbewegung

Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie.

Der vom Reichsarbeitsministerium eingefetzte Schlichtungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 31. August ein stimmig folgenden Schiedspruch gefällt:

1. Die Tariflöhne der männlichen Arbeiter über 21 Jahre werden um 75 Pf. pro Stunde erhöht. Die Akkordbasen werden den Einstellungslohnen gleichgesetzt.

2. Arbeiter von 18-21 Jahren erhalten eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 65 Pf. die Stunde.

3. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren erhalten eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 30 Pf. pro Stunde für das 13. bis 15. und 15. bis 16. Jahr, um 45 Pf. pro Stunde für das 16. bis 17. und 17. bis 18. Jahr.

4. Arbeiterinnen an Maschinen und Handarbeiterinnen, deren Leistungen nicht mit den Leistungen männlicher Arbeiter verglichen werden können, erhalten eine Erhöhung der Tariflöhne um 50 Pf. Die Akkordbasis wird auf 3,75 M. pro Stunde erhöht.

5. In der Glühlampenindustrie beschäftigte Arbeiterinnen erhalten in Gruppe I 50 Pf. Erhöhung des Tariflohnes, die Akkordbasis wird auf 3,95 M. erhöht; in der Klasse II ebenfalls 50 Pf. Erhöhung des Tariflohnes, die Akkordbasis wird auf 3,75 M. erhöht.

6. Jugendliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren erhalten im Alter von 14 bis 15 und 15 bis 16 Jahren eine Erhöhung der Tariflöhne um 25 Pf. pro Stunde, im Alter von 16 bis 17 und 17 bis 18 Jahren um 30 Pf. pro Stunde.

7. Die Teuerungszulagen werden auf 24 M. erhöht, und zwar sowohl die Ehefrauenzulage sowie auch die für jedes Kind zu gewährenden Kinderzulage.

Weglich der Erhöhung der einzelnen Akkordlöhne infolge Erhöhung der Akkordbasen gilt, daß bei sämtlichen Akkordlöhnen, bei denen der Arbeiter die neue Akkordbasis erreicht oder darunter bleibt, eine Erhöhung der Akkordlöhne im Verhältnis der neuen Akkordbasis zur alten Akkordbasis vorgenommen wird.

Akkorde, bei denen die neue Akkordbasis bereits jetzt um mehr als 20 Proz. überschritten wird, werden nicht erhöht.

Akkorde, bei denen die Akkordlöhne zwischen diesen beiden Grenzen liegen, werden nach gleichem, folgenden Umrechnungssätzen erhöht. Der Umrechnungssatz ist bei Akkorden, bei denen die neue Akkordbasis bereits erreicht wird, das Verhältnis neuer Akkordbasis zu alter Akkordbasis, er endet bei Akkorden, bei denen die neue Akkordbasis plus 20 Proz. erreicht wird, mit dem Umrechnungssatz 1.

Die Zulagen beziehen sich auf die Tariflöhne. Auf Grund des Tarifs gewährte Rüstler- und Ausleihzulagen bleiben auch nach der Erhöhung der Tariflöhne bestehen, soweit die Zulage nicht ausdrücklich unter Vorbehalt gewährt worden ist.

Die Erhöhungen treten mit dem Beginn der auf den 31. August 1921 folgenden Lohnwoche in Kraft.

Die Parteien haben sich bis zum 3. September 1921, nachmittags 5 Uhr, dem Reichsarbeitsministerium gegenüber über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu erklären.

Das Metallkartell der Arbeitnehmer richtet hierzu folgende Mitteilung an die Kolleginnen und Kollegen der Berliner Metallindustrie:

Wozu soll in allen Betrieben, die dem Verband Berliner Metallindustrieller angehören, eine Urabstimmung über den vorstehenden Schiedspruch stattfinden. Wir weisen erneut darauf hin, daß die Abstimmung nur stattfinden kann unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Jede Kollegin und Kollege hat sich so einzurichten, daß er sein Stimmrecht ausüben kann. Weitere Informationen folgen in der Freitag-Morgenausgabe.

Die Lohnverhandlungen der Maler.

Ueber die Lohnverhältnisse der Maler wurde am 24., 25. und 26. August beim Reichsarbeitsministerium vor dem Hauptarbitrarsamt verhandelt. Ueber das Ergebnis berichtete Böger am Mittwoch in einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung. Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig und drohten mehrfach zu scheitern. Alles spitzte sich auf Berlin zu, ferner auf Hamburg und einige andere Großstädte. Schließlich fällt der Unparteiische einen Schiedspruch, wonach für Berlin und die Vororte der Lohn ab 1. September um 10 Proz. und ab 1. Oktober um weitere 10 Proz. erhöht werden soll. Es wird eine monatliche Kündigung vorgesehen mit der Maßgabe, daß sie erst nach am 1. November ausgesprochen werden kann. Danach würde der Stundenlohn, der jetzt 6,85 M. beträgt, ab 1. September 7,55 M. und ab 1. Oktober 8,25 M. betragen. — Ueber die Lösung der Ferienfrage soll eine aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehende Kommission bis zum 30. November verhandeln. Nebenbei betonte noch, daß bei Annahme des Schiedspruches die Kollegenschaft die Scharie — gefordert waren 40 Proz. — zu geeigneter Zeit ausweisen könne.

Im Laufe der lebhaften Diskussion stellte Blüthgen den Antrag, den Schiedspruch abzulehnen und den Streik zu beschließen. In geheimer Abstimmung entschied sich die Versammlung gegen den Streik und für Annahme der Zugeständnisse.

„Fürstliches“ Gehalt in einer „Gof“-Apotheke.

Daß von den Arbeitgebern, die besonders patriotisch und deutschvölkisch gesinnt sind, sehr oft gerade die allerhöchsten Löhne und Gehälter gezahlt werden, ist ja allgemein bekannt. Ein Fall, der in dieser Beziehung aber alles in den Schatten stellt, wird uns jetzt aus Potsdam gemeldet. Der Inhaber der

„Gof“-Apotheke zum Goldenen Hirsch, Lindenstr. 48, beschäftigt neben einem Provisor und Lehrling noch eine 30jährige Verkäuferin, der er ein monatliches Gehalt von — sage und schreibe — zweihundert Mark zahlt. Die Angestellte ist bereits seit über 4 1/2 Jahren in dieser Stellung und bezog vor zirka zwei Monaten noch 180 M. Monatsgehalt. Der Inhaber dieser Apotheke ist der Stadtrat Scheinert von der deutschen nationalen Volkspartei. Sein wahrhaft rührendes deutschvölkisches Empfinden zeigt deutlich, was für herrlichen Zeiten die deutsche nationale Volkspartei uns entgegenführen will.

Der Zentralverband der Angestellten wird es sich angelegen sein lassen, des Herrn Stadtrat Scheinert sich besonders liebevoll anzunehmen.

Generalversammlung der Betriebsräte.

Um dem allseits geäußerten Wunsche der verschiedenen Betriebs- und Gruppenversammlungen Rechnung zu tragen, findet am **Mittwoch, den 7. September 1921, abends 6 Uhr,**

im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Berlin SO. 16, Engelufer 15, die Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin statt mit der Tagesordnung: 1. Steuerfragen und Teuerung. Referent: Kurt Heinig; Korreferent: Emil Barth. 2. Freie Aussprache. Wir bitten die Kollegen aller Betriebe und Gruppen, darauf zu achten und zu kontrollieren, daß sämtliche Generalversammlungsdelegierte in der Generalversammlung erscheinen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. A. U. C. Barth.

Die Brotzulage in Oberschlesien.

Am 30. August war in Katowitz das erstmalig seit der durch den Zustand hervorgerufenen Spannung wieder eine gemeinsame Sitzung der deutschen und polnischen Gewerkschaften und des Arbeitgeberverbandes der ober-schlesischen Berg- und Hüttenindustrie. Gegenstand der Verhandlungen, die den ganzen Tag in Anspruch nahmen, war die von den Gewerkschaften angestellte Lohnforderung. Von den Vertretern der Arbeitgeberseite wurde den Gewerkschaftsvertretern die außerordentlich schwierige Lage der Industrie ausführlich und ohne Zurückhaltung geschildert, eine Lage, die hauptsächlich durch den achtwöchigen Kustand und seine Begleiterscheinungen und Folgen hervorgerufen ist. Den Vertretern der polnischen Gewerkschaften wurden die Folgen des Zustandes besonders eindringlich vorgehalten. Es wurde nachgewiesen, daß die Industrie nicht in der Lage ist, Lohn- und Gehaltsaufbesserungen auch nur annähernd in der Höhe zu gewähren, wie sie gefordert worden sind, und auch zur Zahlung einer einmaligen Aufwandszulage, die einen Betrag von mehreren Hunderttausend Mark erfordern würde, erklärte sich die Arbeitgeberseite nicht bereit. Die mit genauen Zahlen und Daten belegten Ausführungen der Arbeitgeberseite blieben nicht ohne Eindruck. Der Arbeitgeberverband erklärte sich schließlich bereit, eine Brotzulage zu gewähren, die die jetzt eingetretene Verteuerung des Brotes ausgleicht. Die Vertreter der deutschen Gewerkschaften gaben einzeln die Erklärung ab, daß sie in ihren Gewerkschaften über diesen Vorschlag beraten und dann dem Arbeitgeberverband Bescheid zugehen lassen werden. Die Vertreter der polnischen Gewerkschaften erklärten das Angebot der Arbeitgeber für völlig unzureichend und unannehmbar. Sie bezeichneten es als eine Herausforderung der Arbeiterkraft.

Es wird angenommen, daß trotz dieser schroffen Erklärung der polnischen Gewerkschaftsvertreter die Arbeitnehmerschaft dem Vorschlag der Arbeitgeber zustimmen wird, unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen über Lohnfragen fortgesetzt oder alsbald wieder aufgenommen werden.

Achtung, Maser! Durch Entscheidung des Hauptarbitrarsamts für das deutsche Malergewerbe (§ 13 des rechtsverbindlich erklärten Reichsarbitrarspruches) ist der Lohn für den Geltungsbereich Groß-Berlin ab 1. September um 70 Pf. pro Stunde erhöht worden. Der Minimallohn beträgt demnach 7,55 M. pro Stunde. Am 1. Oktober tritt eine weitere Erhöhung um 70 Pf. ein, so daß der Minimal-Stundenlohn von diesem Tage ab 8,25 M. beträgt. Das Lohnabkommen geht bis 30. November und ist am 1. November zum erstenmal monatlich kündbar.

Gruppenversammlung des graphischen Gewerbes. Wir machen erneut aufmerksam auf die morgen 6 Uhr in den Berliner Vereins- und Kongresssälen (Armin-Hallen), Kommandantenstraße 58/59, stattfindende Gruppenversammlung des graphischen Gewerbes und der chemischen Industrie und bitten um vollzähliges Erscheinen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Die Metallarbeiter in Straßburg i. E. haben die Bedingungen der Arbeitgeber angenommen und den Streik nach siebenwöchiger Dauer beendet.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§§ 84 und 86 B.R.G. Verweigerung von Streikarbeit ist kein Entlassungsgrund. Der Schlichtungsausschuss München-Stadt hat in seiner Sitzung vom 28. Mai 1921 wegen Verweigerung von Streikarbeit in einer anderen Abteilung ausgesprochene Kündigung für ungerechtfertigt erklärt. In der Begründung heißt es:

„Es hat sich im heutigen Arbeitsrecht durch Gewohnheit herausgebildet, daß solcher Streikbruch unter organisierten Arbeitern nicht geübt wird.“

Unter diesen Umständen ist die Kündigung als unbillig, nicht durch das Verhalten der Arbeitnehmer bedingte Härte zu betrachten, wenn nicht überhaupt als Maßregelung wegen gewerkschaftlicher Betätigung.“

Hiermit vergleiche man einen Entschluß des Schlichtungsausschusses Ulm a. D., nach welchem ein Angestellter seiner Funktionen entbunden wurde, weil derselbe die Belegschaft aufgefodert hat, keine Streikarbeit zu leisten. In diesem Falle lautet die Begründung: „Die Wahrung des Solidaritätsgesetzes der Arbeitnehmer hat der Angestellterrat der Belegschaft der Interessen des Betriebs vorangestellt und sich so dazu verhalten lassen, über seine Befugnisse hinauszugehen.“

Die Verhinderung von Streikarbeit ist eine der vornehmsten Pflichten jedes Gewerkschaftsmitgliedes. In der Reichsverfassung sind die Gewerkschaften ausdrücklich anerkannt, weshalb der Schlichtungsausschuss München-Stadt nicht nur sozial, sondern auch dem Buchstaben des Gesetzes entsprechend entschieden, der Schlichtungsausschuss Ulm dagegen einen mit der Verfassung im Widerspruch stehenden Grundsatze aufgestellt hat.

Wirtschaft

Besserung in der ober-schlesischen Eisenindustrie.

Bei den ober-schlesischen Werken ist nach den Rückschlägen der Unruhezeit eine deutliche Besserung der Nachfrage unverkennbar. Die Preise sind fester geworden, an einen weiteren Rückgang für die einzelnen Erzeugnisse ist nicht zu denken. Die Baulätigkeit auf den Hüttenwerken bleibt noch zurückgefallen bis nach der Entscheidung, doch spürt man deutlich, daß Bedarf vorliegt. Die Eisenhütten fragen öfter wegen Betriebsmaschinen und Einrichtungen an und müssen sich auch zu Bestellungen entschließen; sollte eine sichere, Deutschland günstige Lage eintreten, wird zweifellos großer Bedarf vorhanden sein. Sehr zu bedauern wäre es, wenn der hochentwickelte Kreis Arbeit verloren ginge. Es müßte dann eine völlige Umstellung stattfinden, weil viele ober-schlesische Hochofenwerke von dort mit Koks versorgt werden. In ganz Oberschlesien würden dann bedeutsame Änderungen im Hochofen- und Kokssofenbetrieb nötig sein, wenn das Revier konkurrenzfähig bleiben will.

Die Wirtschaftskrisis in der Schweiz. Der Berner Vertrauensmann des Außenhandelsverbandes hielt in diesen Tagen einen Vortrag über die Wirtschaftskrisis in der Schweiz. Er führte darin aus, daß die Schweiz bei ihrer hochwertigen Valuta unter einer schweren Wirtschaftskrisis zu leiden hat. Diese äußert sich in der Hauptsache in Exportrückgängen der wichtigsten Ausfuhrindustrien, besonders Luxusartikel wie Spitzen, Stickereien, Seidenwaren, Luxusuhren, Schokoladen und Uhren. Die fehlende Kaufkraft des früher besten Kunden, Deutschlands, macht sich katastrophal geltend. Der Export im ersten Viertel 1921 ging von 800 Millionen Frank des Vorjahres auf 405 Millionen Frank zurück. Von 4 1/2 Millionen Einwohnern sind 150 000 bis 200 000 arbeitslos. Auch die Fremdenindustrie liege darnieder. Die schweren Steuerlasten verschlechterten die Lage, die schließlich noch ungünstiger wurde durch immer weitergehende Einfuhrerhöbungen zum Schutze der nationalen Arbeit, die hauptsächlich gegen Deutschland und Oesterreich gerichtet sind. Schließlich bedeute ein neuer Zolltarif ab 1. Juli eine weitere Erschwerung der Einfuhr.

Folgeschwere Kohlenstaub-Explosion. Aus bisher noch unauflöslicher Ursache entstand am Mittwochnachmittag in dem Traktorenwerk des Wismar-Kohlenwerkes bei Borna eine Kohlenstaub-Explosion. Drei Mann erlitten schwere Verletzungen, drei andere wurden leichter verletzt, während mehrere Arbeiter leichte Brandwunden davontrugen. Es gelang, den entstandenen Brand mit Hilfe der Feuerwehr in kurzer Zeit zu löschen.

Ein dreifacher Luftmörder verhaftet. Unter dem bringenden Verdacht, mehrere Luftmorde an jugendlichen Mädchen verübt zu haben, wurde ein gewisser Willi Benzel aus Jena von der Polizei verhaftet. In dem Grundstücke des Verhafteten wurden bereits die Leichen zweier Ermordeter ausgegraben. Nach einer dritten Leiche wird noch gefahndet. Es wird vermutet, daß der Verbrecher noch mehrere Morde auf dem Gewissen hat.

Verantwortlich für den rebalt. Zell: Eilber Schiff, Berlin; für Angelegen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Bornedts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornedts-Verlag Drucker u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Aus aller Welt.

Folgeschwere Kohlenstaub-Explosion. Aus bisher noch unauflöslicher Ursache entstand am Mittwochnachmittag in dem Traktorenwerk des Wismar-Kohlenwerkes bei Borna eine Kohlenstaub-Explosion. Drei Mann erlitten schwere Verletzungen, drei andere wurden leichter verletzt, während mehrere Arbeiter leichte Brandwunden davontrugen. Es gelang, den entstandenen Brand mit Hilfe der Feuerwehr in kurzer Zeit zu löschen.

Ein dreifacher Luftmörder verhaftet. Unter dem bringenden Verdacht, mehrere Luftmorde an jugendlichen Mädchen verübt zu haben, wurde ein gewisser Willi Benzel aus Jena von der Polizei verhaftet. In dem Grundstücke des Verhafteten wurden bereits die Leichen zweier Ermordeter ausgegraben. Nach einer dritten Leiche wird noch gefahndet. Es wird vermutet, daß der Verbrecher noch mehrere Morde auf dem Gewissen hat.

Verantwortlich für den rebalt. Zell: Eilber Schiff, Berlin; für Angelegen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Bornedts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornedts-Verlag Drucker u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

18. Preuß.-Länd. (244. Preuß.) Klassen-Postkarte
1. Klasse 2. Stichungstag 31. August 1921

Wahrscheinlichste Gewinnzahlen sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Karte gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachtrag verboten.
In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 Mark gezogen:

2 M 20000 M 130922
6 M 5000 M 12072 109819 167841
10 M 1000 M 16810 120270 139540 22730 238904
22 M 500 M 28620 41059 49091 64035 194885 201480 212772 230634
201263 276142 284003

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 Mark gezogen:

2 M 5000 M 120309
6 M 2000 M 11737 170451 272423 278609
10 M 1000 M 44389 71092 70420 03684 143824 200042 200013 277994
20 M 500 M 8478 30165 46337 60485 80905 61087 71134 76337 100634
105200 109900 126832 103127 21616 265753

Gurkofix
feinster Gurkensalat
Ueberall erhältlich!
Carl Timmer, Essig-, Mostlich- und Konservfabrik
Berlin, Büschlingsstr. 6

Neue Haut
erzielt man schmerzlos, unmerklich für die Umgebung, durch die echte Vater-Phillip-Schnäur 2 9 M, vom Autogen-Laboratorium, Dresden-Zschachwitz 146. Schält Pickel, Mitesser, Sommersprossen, Hautunreinigkeiten usw. ab, läßt anmutig, junge Haut zum Vorschein kommen. Erhältlich in der Elefantapotheke, Leipzig, Str. u. Drogerien Bastianstr. 2, Fehrmannstr. 3, Reichenkandstr. 119, Charlottenstr. 76, Pankow, Prinzstr. 6

Korsette
aus la Stoffen und in allen Preislagen empfiehlt
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 83
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 26
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 33
Ecke Alte Jakobstraße 124 Bz

Möbel
zu niedrigen Preisen direkt an Private. Mietauswahl.
Schlafz. 1688-16765 22.
Speisez. 1710-15070 22.
Berechn. 1733-17845 22.
Wohnz. 873-5890 22.
Rüchz. 445-2885 22.
Lieferung frist. Lagerung kostenlos. 10-jähr. Garantie.
Möbel-Haus Rejewske
Berlin, Badstr. 60

Lombard-Haus
H. Graf, Leipzig, Str. 73 II
Höchste Belebung Diskret., Reelle Gelegenheitskäufe, Uhren, Brillanten, Schmucksachen.
10-50% unter Ladenpr.

Prismen-Feldstecher
besond. Zeiss u. Goerz werden ständig angekauft
Photohaus Steckelmann
Berlin W9, Potsdamer Str. 135

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbstersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehende **Trauringe**
1 Trauring, Duk. € von 75 M an
1 Duk.-Trauring „ 250 M
1 Ring, 585 gest. „ von 60-180 M
1 Ring, 331 gest. „ von 25-100 M
Garantiescheine l. gesetzl. Goldinhalt.
Ankauf v. Gold-, Silber-, Platinbruch
infolge Selbsterwertung zu denkbar günstigen Preisen!
Brillanten zum Auslandskurs.
H. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30. Telefon: Norden 1030

Kreuz-, Silber-, Zobel-füchse
von 175 Mark an
Pelzhaus Jägermann
Oranienstraße, Ecke Prinzessinnenstraße 14, am Moritzplatz.

Gold-Platin-Silber-Münzen
Kaufe ständig zu höchsten Preisen
Neuhaus, Roßstr. 8
Bruch Ketten Ringe Uhren
Nähe Spittelmarkt Einkauf nur im Laden, nicht im Hol

Ringeisen jeder Art:
Rund, Flach, Quadrat u. Bandisen, Gas-Siede-Rohre, T-Trägern, U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse
sowie ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Mothplatz 12072. Ecke Sottairstraße, Mothplatz 12073.

Billig und gut
kaufen Sie Ihre Herrengarderobe bei
Löffler
Rosenthaler Straße 66
Nähe Rosenthaler Platz
Anzüge v. M. 325, Paletots v. M. 350 an
Anfertigung in eigener Werkstatt

Geschäftskutscher
für unsere Mehl- und Landesprodukten (Großhandlung) suchen für sofort 108/13
Neuß & Wilke, Wusterhausener Str. 15/16.

Lagerarbeiter
für unsere Mehl- u. Landesprodukten-Großhandlung suchen für sofort 108/13
Neuß & Wilke, Wusterhausener Straße 15/16